

Ressort: Politik

Regierung will verschärfte Vorgaben für Katastrophenschutz

Berlin, 10.03.2014, 00:00 Uhr

GDN - Drei Jahre nach dem Unglück im japanischen Atomkraftwerk Fukushima bahnen sich in Deutschland verschärfte Vorgaben für den Katastrophenschutz an: Das geht aus Empfehlungen der von der Bundesregierung eingesetzten Strahlenschutzkommission hervor, die der "Süddeutschen Zeitung" vorliegen. Demnach sollen im Fall eines schweren Atomunfalls Anwohner in einem Umkreis von fünf Kilometern rund um das Kernkraftwerk binnen sechs Stunden in Sicherheit gebracht werden.

Bislang umfasste diese "Zentralzone" nur zwei Kilometer. Die daran anschließende "Mittelzone" wird von zehn auf 20 Kilometer vergrößert. "Die Evakuierung ist so zu planen, dass sie in der Mittelzone 24 Stunden nach der Alarmierung der zuständigen Behörden abgeschlossen werden kann", heißt es in dem Papier. Die Strahlenschutzkommission war wenige Wochen nach dem Unglück in Japan beauftragt worden, die deutschen Regeln zu überprüfen. Rund um Fukushima waren in einem Umkreis von 20 Kilometern Dörfer und Städte evakuiert worden, später wurden noch in weiterer Entfernung Ortschaften geräumt. Die Reaktorkatastrophe vom März 2011 hat aber offenbar auch die Herangehensweise der Strahlenschützer geändert. Spielte bislang stets auch die geringe Wahrscheinlichkeit eines "größten anzunehmenden Unfalls" bei den Planungen eine Rolle, orientiert sich die Kommission nun allein an den möglichen Folgen. Entsprechend größer ist die Vorsorge. Sie gilt auch für Bundesbürger in großer Entfernung von einem Atomkraftwerk. So sollen sich die Behörden in einem Umkreis von 100 Kilometern darauf vorbereiten, die Bevölkerung zur Not mit Jodtabletten zu versorgen. Diese sättigen die Schilddrüse und verhindern so, dass der Körper radioaktives Jod aufnimmt. Bisher galt für diese Vorsorge ein Radius von 50 Kilometern. Durch die Ausweitung kämen auch mehrere deutsche Großstädte in die sogenannte Außenzone, darunter München und Hamburg. Auch sollten Kinder und Jugendliche sowie Schwangere bundesweit mit Jodtabletten versorgt werden. Das Bundesumweltministerium, dem die Strahlenschutzkommission zuarbeitet, will die Empfehlungen nun an die Innenminister der Länder weiterleiten. Sie müssen die Regeln verabschieden, eine Zustimmung gilt als wahrscheinlich. Erst kürzlich hatte auch eine Katastrophenschutz-Kommission des Bundesinnenministeriums mehr Vorsorge gegen Atomunfälle eingefordert. Als wesentliche Erfahrung aus Fukushima sei festzuhalten, "dass die bisher für die Planung der Evakuierung angenommenen Radien nicht geeignet erscheinen", hieß es in der entsprechenden Erklärung. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) stellte sich am Wochenende hinter die Vorschläge der Kommission. Zwar sei ein Atomunfall wie in Fukushima "praktisch auszuschließen", sagte sie. Allerdings lehrten die Ereignisse, "dass die Katastrophenschutzplanungen unabhängig von kerntechnischen Eintrittswahrscheinlichkeiten stattfinden müssen". Angesichts mehrerer grenznaher Atomkraftwerke in Nachbarländern sollten Notfallplanungen in Europa zudem harmonisiert werden, empfahl Hendricks.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-31315/regierung-will-verschaerfte-vorgaben-fuer-katastrophenschutz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619